



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Dokumentation

Entschädigungszahlungen an den Staat Israel und Wiedergutmachungszahlungen an Holocaust-Überlebende

Entschädigungszahlungen an den Staat Israel und Wiedergutmachungszahlungen an Holocaust-Überlebende

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 – 005/24
Abschluss der Arbeit: 08.02.2024
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Politik und Kultur

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	4
2.	Gutachten, Studien etc.	4

1. Vorbemerkung

Die vorliegende Dokumentation beruht auf der Fragestellung, in welchem Umfang Deutschland Reparationen an den Staat Israel zahlte, und in welchem Umfang Wiedergutmachungszahlungen an Holocaust-Überlebende gezahlt wurden, bzw. noch gezahlt werden.

In dem Luxemburger Abkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference (JCC) von 1953 wurde eine **Globalentschädigung** in Höhe von 3 Mrd DM an den Staat Israel sowie eine Zahlung von 450 Mio. DM an den JCC vereinbart. Nach der deutschen Wiedervereinigung hat Deutschland mit der JCC das sogenannte Artikel-2-Abkommen geschlossen, das Härteleistungen für bisher nicht berücksichtigte Verfolgte regelte, und im Jahr 2012 neugefasst wurde (s.: WD 1-3000-033/22, S. 16ff).

Die Leistungen der öffentlichen Hand auf dem Gebiet der **Wiedergutmachung** an Holocaust-Überlebende beziffert das Bundesministerium der Finanzen (Stand: 21.12.2022) mit 81,967 (in Mrd DM) (s.: „**Wiedergutmachung: Regelungen zur Entschädigung von NS-Unrecht**“ hrsg.v. Bundesministerium der Finanzen, Stand: Mai 2023 sowie WD 1-3000-033/22).

Die erweiterte Fragestellung bezog sich auf die **Rüstungskooperation beider Staaten**. Unabhängig von dem oben genannten Luxemburger Abkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference (JCC) von 1953 begann die Rüstungskooperation Deutschlands mit Israel ebenfalls bereits Anfang der 1950er Jahre. Sie umfasst nicht nur militärische Beschaffungsvorgänge, sondern auch Maßnahmen im Bereich der Ausbildung der Streitkräfte. Zu dem Umfang der Ausgaben im Rahmen der Kooperation in Form genehmigter Rüstungsexporte nach Israel hat die Bundesregierung in ihren Antworten zu schriftlichen Fragen der Abg. Sevim Dağdelen ausgeführt: „Die Bundesregierung hat im letzten Jahr Rüstungsexporte nach Israel im Wert von insgesamt 326.505.156 Euro genehmigt.“ (BT/Drs. 20/10022, S. 1f.). Eine Auflistung sämtlicher Leistungen im Rahmen der deutsch-israelischen Rüstungskooperation ist nicht möglich, da viele Vorgänge der Geheimhaltung unterliegen.

2. Gutachten, Studien etc.

- Das umfassendste Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste zu der oben genannten Fragestellung - einschließlich tabellarischer Übersichten geleisteter Reparationen und Wiedergutmachungszahlungen - ist der Sachstand

„**Reparationen und Wiedergutmachung: Übersicht der geleisteten Zahlungen Deutschlands im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg**“ – **WD 1-3000-033/22** (Abschluss der Arbeit: 30. November 2022); online abrufbar:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/928328/346bb558cc3a797339f9c258bbc716e7/WD-1-033-22-pdf.pdf>

Zu dem Umfang aktueller Zahlungen an Holocaust-Überlebende geben Auskunft:

Die Broschüre: „**Wiedergutmachung: Regelungen zur Entschädigung von NS-Unrecht**“ hrsg.v. Bundesministerium der Finanzen, Stand: Mai 2023.

Bericht der Bundesregierung über den **Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte – Stand: 30. Juni 2021**, BT/Drs. 19/ 32675; online verfügbar: <https://dserver.bundestag.btg/btd/19/326/1932675.pdf>

Der aktuelle **Bundeshaushaltsplan 2024, BT/Drs. 20/7800, Einzelplan 08** (Bundesministerium der Finanzen), Tit. 0801 (Wiedergutmachungen des Bundes), Ausgaben Tgr. 01 (Lastenausgleich), Ausgaben Tgr. 02 (Leistungen im Zusammenhang mit Kriegsfolgen), Ausgaben Tgr. 03 (Entschädigungen für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, nach BEG und Art. 2-Abkommen, s. Vorbemerkung 0801); online verfügbar: <https://dserver.bundestag.btg/btd/20/078/2007800.pdf>

- Zu der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen:

„**Entstehung, Wandel und Entwicklung des Staatsräson-Begriffs in Deutschland**“ – **WD 1-3000-024/23**, S. 8ff. zur deutsch-israelischen Rüstungskooperation sowie die Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung der Streitkräfte). Zu dem Charakter der deutsch-israelischen Rüstungskooperation seit den 1950er Jahren heißt es in dem Gutachten, dass die Kooperation „unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und nur rudimentär formalisiert (gewesen sei).“ Erst mit der Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl 1991, 6 U-Boote an Israel zu liefern, sei diese Kooperation von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Im Bereich Ausbildung Streitkräfte wurde erst im Jahr 2008 eine „Vereinbarung über gegenseitige Ausbildung zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. (ebda., S. 18). (Abgeschlossen am 30. November 2023); online verfügbar: <https://www.bundestag.de/resource/blob/984994/b6599ace70df398d643cc9e584d29caf/WD-1-024-23-pdf.pdf>

Der **Entschließungsantrag von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, v. 07. November 2023** bekräftigt, dass Israel und seine Sicherheit „deutsche Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns“ bleibe; dazu gehöre auch, „(51.) die strategische und militärische Partnerschaft zwischen der Bundeswehr sowie den israelischen Streitkräften weiterzuentwickeln.“ (ebda, S. 9); **BT/Drs. 20/9149 (neu)**, online verfügbar: <https://dserver.bundestag.btg/btd/20/091/2009149.pdf>

„**Das deutsch-israelische Verhältnis: Außenpolitik zwischen Schuld, Sühne und Schlusstrich?**“ – **WD 1-3000-110/07** (überarbeitet am 24.4.2008); online verfügbar: <https://www.bundestag.de/resource/blob/413374/c69b2623815ab47e3ca26992c6000916/WD-1-110-07-pdf.pdf>

„**Der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der SPD und der Gewerkschaften**“, **WD 1-3000-005/15**, S. 7ff. über den Beginn diplomatischer Beziehungen und den Umfang von Waffenlieferungen an Israel und den Ausbau der Militärhilfe in den 1950er Jahren. (Abgeschlossen am 06. März 2015) <https://www.bundestag.de/resource/blob/405166/6d73546d0ad16dae9f9a1fb7cef3b4f5/WD-1-005-15-pdf.pdf>

Monografien zu dem Themenkomplex sind: Ralf Michaels (2023), **Israels Sicherheit und Existenz zwischen Staatsräson und Rechtsstaatsprinzip**, in: Recht und Politik, Jgg. 59 (2023), H 1, S. 32 – 53 sowie: Markus Kaim (2015), **Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson: Was bedeutet das konkret?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H 6/2015, S. 8 – 13.

- Zur deutsch-israelischen Rüstungskooperation:

„**Überblick des Rechtsrahmens militärischer Beschaffungsvorgänge in Deutschland und weiteren Staaten**“- WD 7-3000-042/22, S. 6f.) (abgeschlossen am 04. Juli 2022)

<https://www.bundestag.de/resource/blob/908308/e1b9891ad3685ba4f0ca364cfbbb18d0/WD-7-042-22-pdf.pdf>

[Überblick des Rechtsrahmens militärischer Beschaffungsvorgänge in Deutschland und weiteren Staaten \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/resource/blob/908308/e1b9891ad3685ba4f0ca364cfbbb18d0/WD-7-042-22-pdf.pdf)

Antwort der Bundesregierung v. 31. Januar 2024 auf die schriftliche Frage des Abg. Roger Beckamp (AfD) – Genehmigung und Durchführung von Rüstungsexporten nach Israel seit Oktober 2023. Vorabfassung online: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/102/2010233.pdf>

Antwort der Bundesregierung v. 09. Januar 2024 auf die schriftliche Frage der Abg. Sevim Dağdelen (fraktionslos)- Export Rüstungsgüter nach Israel, hier: Einzelgenehmigungen in 2023. (BT/Drs. 20/10022, v. 12. Januar 2024, S. 1f. Vorabfassung online: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010022.pdf>

Antwort der Bundesregierung v. 08. November 2023 auf die schriftliche Frage der Abg. Sevim Dağdelen (Linke) - Rüstungsexporte nach Israel, hier: Einzelgenehmigungen und tatsächliche Ausfuhr von 2009 bis 2022/2023. (BT/Drs. 20/133, S. 16775; online: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/133/2010133.pdf>

Zu dem Stand der (geplanten) Ausgaben im Bereich der militärischen Zusammenarbeit s. aktuelle Bundeshaushaltsplan 2024, BT/Drs. 20/7800, Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung), Kap. 1401, Titel 533 01 – 032 (Ausbildung von Angehörigen ausländischer Streitkräfte), Titel 687 05-032 (Beitrag zu den Kosten von der Bundeswehr mitbenutzter militärischer Anlagen), Titel 687 12 – 032 (Unterstützungsmaßnahmen der Bundeswehr gegenüber verbündeten Streitkräften zur Förderung militärischer Zusammenarbeit); online verfügbar: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007800.pdf>

Deutschlandfunk (2015), Rüstungskooperationen, U-Boote für Israel, Drohnen für Deutschland: Israel und Deutschland unterhalten nicht nur diplomatische Beziehungen – die beiden Länder arbeiten auch im Bereich der Rüstung regelmäßig zusammen und liefern sich Waffen und Ausrüstung. Eine Chronik. 12.05.2015
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/ruestungskooperationen-u-boote-fuer-israel-drohnen-fuer-100.html>

Tagesschau (08.11.2023), Ausfuhr aus Deutschland: Rüstungsexporte nach Israel fast verzehnfacht.
Stand: 08.11.2023. <https://www.tagesschau.de/inland/israel-deutschland-ruestungsexporte-100.html>